

Das Bekenntnis zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an sich, stellt für die meisten Parteien in Wien keine große Hürde dar. Doch die Lösung bedeutender Fragen im Rahmen der Bürgerbeteiligung sieht in der Praxis so aus, dass keine konstante, direkte Kommunikation stattfindet und keine niederschwellige Plattform dafür existiert.

1.) Welche Lösungen würden Sie vorschlagen, um eine ununterbrochene, vertrauensbildende Kommunikation mit Regierungsvertretern bzw. mit Schlüsselstellen im Wiener Magistrat zu ermöglichen?

In Wien gibt es zahlreiche Möglichkeiten für BürgerInnen, sich einzubringen und am Stadtgeschehen teilzunehmen. Gleichzeitig sind die Anliegen zur Partizipation sehr unterschiedlich und können sich entsprechend divers äußern. Das Spektrum reicht dabei vom Einbringen einer Petition und deren Behandlung im Petitionsausschuss über Teilhabe an baulichen Umgestaltungen im öffentlichen Raum, bei denen AnrainerInnen als ExpertInnen den Bezirken und Planungsabteilungen zur Seite stehen, bis hin zum Engagement einzelner – oder vieler – in Bürgerinitiativen, bei Projekten im Rahmen der Grätzloasen oder in Gruppen der Lokalen Agenda.

Auch die Bezirke spielen eine wichtige Rolle und können – wie etwa am Beispiel der partizipativen Budgets in Margareten oder Alsergrund – Möglichkeiten schaffen, Beteiligung und Formen der Partizipation im Bezirk zu fördern.

Mit Blick auf die verschiedenen Möglichkeiten, die oben skizziert wurden und die nur einen Bruchteil der Möglichkeiten zur Partizipation in Wien darstellen, lässt sich sagen, dass die Basis für eine vertrauensbildende Kommunikation mit RegierungsvertreterInnen bzw. mit Schlüsselstellen im Wiener Magistrat gegeben ist. Eine „ununterbrochene“ Kommunikation ist damit gegeben, jedoch verteilt sich diese auf verschiedene Projekte. Auch die Dauer vieler Planungs- und Umsetzungsprozesse in Politik und Verwaltung, sowie die Tatsache, dass einzelne Prozesse zeitlich begrenzt sind, ist hier mit in Betracht zu ziehen.

Abgesehen davon gibt es bereits jetzt unterschiedlichste Kommunikationskanäle und Einbindungen zivilgesellschaftlicher Gruppen zu unterschiedlichsten politischen Bereichen. Nur kurz sei auf die partizipative Erarbeitung der Kinder- und Jugendstrategie verwiesen und die ebenso partizipativ gestaltete Umsetzung der Jugendparlamente und der noch zu erfolgenden Evaluierung. Ein erklärtes Ziel der Stadt Wien ist dabei eine regelmäßige Information und Kommunikation über alle Vorhaben. Eine Möglichkeit dafür sind z.B. Newsletter, wie es sie zur Zeit bei den Projekten Südraum Favoriten, Postsportplatz oder als Abonnement der Rathauskorrespondenz gibt. Auch die Vorhabensliste der Stadtplanung und diverse Projektseiten im Internet bieten Information und die Möglichkeit für Inputs abseits von diversen projektbezogenen Dialogformaten.

Wichtigster Meilenstein, um Partizipation in der Stadtverwaltung weiter und breiter zu verankern, ist sicherlich die Verabschiedung der Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050 im Jahr 2019 durch den Gemeinderat. Partizipation ist hier einer von 12 Zielbereichen der Smart City Wien Rahmenstrategie. Die aktive Teilnahme von BürgerInnen an Geschehen innerhalb der Stadt ist damit fester Bestandteil des Fahrplans der Stadt für die kommenden Jahre und Jahrzehnte.

2.) *Wie können die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden (politische Funktionen bzw. Magistratsvertreter, Aufgabenverteilung usw.) ?*

Es gilt die bestehenden Strukturen im Magistrat in den kommenden Jahren zu stärken und weiter auszubauen - gerade mit Blick auf Partizipation als Zielbereich der Smart City Wien Rahmenstrategie. Dabei sind Vorhaben wie etwa partizipative Budgets auf Grätzl-, Bezirks- und Stadtebene zu erproben und neue Standards in der Beteiligung gemeinsam mit der Bevölkerung zu erarbeiten und festzulegen. Wesentlich wird dabei sein, auch jene Menschen mit in Entscheidungsprozesse der Stadt einzubinden, die in Wien leben, jedoch an demokratischen Prozessen wie etwa Wahlen nicht teilnehmen können, da sie eine andere Staatsbürgerschaft haben.

Weiters stellt der derzeitige Umgang mit der Corona-Pandemie eine zusätzliche Herausforderung dar. Auch hierbei müssen neue Standards erarbeitet werden, um auch bei Projekten in naher Zukunft zu garantieren, dass die Wiener Bevölkerung über aktuelle Vorhaben nicht nur informiert ist, sondern auch teilhaben und mitentscheiden kann. Im Zuge von derzeit laufenden Projekten wie etwa dem Südraum Favoriten werden hier jedoch alternative Wege erprobt, um die Diskrepanz zwischen online und offline-Beteiligung durch Corona nicht wachsen zu lassen.

3.) *Unterstützen Sie den Wertekodex einer Gesellschaft, die entsprechend der Aarhus-Konvention, Bürgerbeteiligung aktiv betreibt und auch die Schaffung von landesgesetzlichen Rahmenbedingungen befürwortet, um ein Umweltinformationsgesetz und ein Auskunftspflichtgesetz praxistauglich und vertrauensbildend wirksam zu machen?*

Ja.

Erste drei Lösungsvorschläge unsererseits – insbesondere die Transparenz betreffend – finden Sie hier. Wie ist Ihre Meinung dazu und würden Sie diese Forderungen entsprechend politisch unterstützen?

4.) *Erweiterung der Bürgerrechte im Petitionsgesetz*

Derzeit können Bürgerinnen und Bürger nur Angelegenheiten, die die „Verwaltung der Gemeinde einschließlich der Bezirke betreffen“ als Petition einbringen (vgl. § 1 Abs. 1 Gesetz über Petitionen in Wien). Grundlegende Probleme für die Bürger ergeben sich jedoch oft allein auf Grund der geltenden Gesetzeslage. Daher wird dringend empfohlen, auch Angelegenheiten des Landtags in das geltende Petitionsgesetz aufzunehmen.

Es ist bereits seit 2013 mit Einführung des Petitionsgesetzes möglich, Petitionen, die „eine Angelegenheit der Gesetzgebung oder der Verwaltung des Landes Wien zum Inhalt haben“, einzubringen. Siehe Art. II des Gesetzes für Petitionen in Wien.

Zusätzlich dazu bietet gerade der Petitionsausschuss möglichst hohe Transparenz, da alle Beilagen der PetitionswerberInnen, alle Stellungnahmen der angefragten Stellen und alle Protokolle veröffentlicht werden.

5.) *Mehr Transparenz im Wiener Gemeinderat, Landtag und Bezirksvertretungen*

Transparenz ist eine der wichtigsten Grundvoraussetzung für Bürgerbeteiligung. Unser Verein Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung regt an, die Informationsbeschaffung in Bezug auf die Tätigkeiten im Wiener Gemeinderat, Landtag und den Bezirksvertretungen wesentlich zu erleichtern. Daher

empfiehlt unser Verein konkret, die Tagesordnung des Wiener Gemeinderats und des Landtags mindestens 5 Werktage im Voraus im Internet zu veröffentlichen sowie den Live-Stream der Übertragung der Gemeinderats- und Landtagssitzungen zeitnah nach Ende der Sitzungen dauerhaft im Internet abrufbar zu belassen. Weiters wird angeregt, die Protokolle - insbesondere der Bezirksvertretungssitzungen - deutlich informativer zu gestalten, indem u. a. Anträge und Beschlüsse vollinhaltlich wiedergegeben werden. Ebenso mögen die Beschlüsse der Bezirks-Ausschüsse veröffentlicht werden.

ad Tagesordnung:

Die Tagesordnungen für Sitzungen des Gemeinderats und Landtags werden in der Regel 8-10 Tage vor der Sitzung veröffentlicht. Diese Tagesordnung ist die vollständige Sammlung aller Punkte in der Reihenfolge des Einganges nach den Vorberatungen in den Ausschüssen.

Die Festlegung der Reihenfolge der zum Aufruf gewünschten Geschäftsstücke und allfällige Themen für die aktuelle Stunde, die Fragestunde oder für so genannte „Dringliche Initiativen“ erfolgen meist 2-3 Tage vor der entsprechenden Sitzung in der Präsidialkonferenz. Die Fristen sind in der Geschäftsordnung des Gemeinderats geregelt. Somit sind die von Ihnen erwünschten 5 Tage zur Zeit nicht möglich, aber selbstverständlich unterstützen wir das Anliegen, die nach der Reihung aktualisierte Tagesordnung als Information zur Verfügung zu stellen. Wobei diese Reihung auch aus der RednerInnenliste erfahren werden kann, die meist am Tag vor der Sitzung veröffentlicht wird.

ad Video-Aufzeichnung des Livestreams:

Seit Ende Februar 2020 wird der Livestream aus den Sitzungen des Gemeinderats und des Landtags aufgezeichnet und - aufgeschlüsselt nach den einzelnen Redebeiträgen - dauerhaft zur Verfügung gestellt (siehe <https://www.wien.gv.at/video/live/grlt/videoaufzeichnung.html>). Zusätzlich gibt es bei jedem Tagesordnungspunkt eine Verknüpfung zur Informationsdatenbank des Wiener Landtags und Gemeinderats, die ihrerseits das Abstimmungsergebnis ausweist und die Links zu den Wortprotokollen enthält.

Dieses Angebot ist über den Reiter „Video“ und dann „Live-Übertragungen“ auf der Startseite [wien.gv.at](https://www.wien.gv.at) zu finden. Auf dieser Seite werden auch die Livestreams des SchülerInnenparlaments, der Bezirksvertretungssitzungen der Bezirke 5, 9-15 und 19 sowie der Mediengespräche des Bürgermeisters angeboten.

Somit ist dieses langjährige Anliegen auch der Grünen nach fast ebenso langer Überzeugungsarbeit umgesetzt. Das, was aus unserer Sicht noch verbessert werden sollte, ist die Auffindbarkeit dieser Informationsmöglichkeiten und eine Ausweitung des Livestreams auf alle Bezirksvertretungssitzungen.

ad Bezirksvertretungssitzungen:

Alle Bezirke Wiens veröffentlichen Protokolle der Bezirksvertretungssitzungen als Ergebnisprotokolle. Diese enthalten alle Beschlüsse und reichen zumindest bis 2016 zurück. Die Bezirke 4 - 8, 10, 15, 18, 22 und 23 veröffentlichen zusätzlich auch alle Anträge und Anfragen im eingebrachten Wortlaut mit dem jeweiligen Abstimmungsergebnis.

Wir Grünen streben hier eine Vereinheitlichung an. Ebenso stehen wir für die Veröffentlichung der Protokolle aus den Ausschüssen und Kommissionen der Bezirke und der Anfragebeantwortungen und arbeiten an entsprechenden Änderungen der Geschäftsordnungen und den dafür notwendigen Mehrheiten.

Generell verfolgen wir das Ziel eines möglichst einfachen, kostenfreien und einheitlichen Informationszugangs auf allen Ebenen der städtischen Verwaltung und Politik mit entsprechender Rechtsgrundlage.

6.) Internet-Portal BürgerInnenbeteiligung

Unser Verein "Aktion 21 - Pro Bürgerbeteiligung" schlägt vor, ein Internet-Portal (z.B. <http://buergerbeteiligung.wien.at>) einzurichten, auf der die Bürgerinnen und Bürger umfassend und auf einen Blick über alle laufenden oder kurz vor Beginn stehenden Bürgerbeteiligungsverfahren in Wien informiert werden. Insbesondere sollen auf diesem Portal direkt oder über Linkverweise Petitionen, aktuelle Flächenwidmungsverfahren, laufende Begutachtungsverfahren zu Entwürfen von Wiener Landesgesetzen, Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP), Strategische Umweltprüfungen (SUP; insbesondere hier auch Beginn des Screening-Verfahrens), Lokale Agenda 21 Projekte sowie städtebauliche Verfahren mit Beteiligung, aber auch Termine von Bürgerversammlungen abrufbar sein. Ebenso soll den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, ein Email-Abo zu den oben genannten (Bürgerbeteiligungs-)Verfahren zu beziehen (mit Selektionsmöglichkeit jeweils nach Stichworten und/oder nach thematischen und geographischen Gebieten, z.B. nach Bezirken).

Eine Webseite, auf der möglichst übersichtlich alle Beteiligungsmöglichkeiten angeführt sind, ist auch Ziel des Relaunches des Webauftritts der Stadt Wien. Ob dabei alle oben genannten Features umgesetzt werden können, entzieht sich im Moment unserer Kenntnis.

Diese Antwort bekam die Aktion21 von

CHRISTIAN TESAR

Landesgeschäftsführer

DIE GRÜNEN - GRÜNE ALTERNATIVE WIEN